

Erklärung
des Vorsitzenden der Deutschen Kommission Justitia et Pax
Bischof Dr. Reinhard Marx
aus Anlass des 10. Jahrestags Massakers in Srebrenica am 11. Juli 2005

Nie wieder Srebrenica

Den Frieden in Bosnien und Herzegowina sichern

Vor 10 Jahren haben serbische Einheiten ein Massaker an der wehrlosen männlichen Bevölkerung von Srebrenica begangen, das zum Sinnbild der Verbrechen dieses Krieges geworden ist. Die weltweite Erschütterung über dieses Verbrechen wurde zum Wendepunkt des Krieges.

Wir gedenken heute der Opfer. Wir erinnern uns zugleich, dass sich die internationale Staatengemeinschaft allzu lange nur halbherzig für die Beendigung des Krieges eingesetzt hat. Wir erinnern uns auch an die Täter und die Verantwortlichen nicht nur der Verbrechen in Srebrenica, die sich bis heute noch nicht ihrer Verantwortung gestellt haben. Wir nehmen daher den Jahrestag des Massakers von Srebrenica zum Anlass darauf hinzuweisen, dass es eine der vordringlichen Aufgaben ist, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Wir appellieren an die Regierungen, die serbische und andere Regierungen der Region, die mutmaßlichen Kriegsverbrecher an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag auszuliefern. Wir begrüßen, dass nun auch die EU ihren Druck auf die serbische Regierung zur Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal erhöht hat. Aber bis heute wurde der Haftbefehl gegen die mutmaßlich Hauptverantwortlichen General Mladic und Ex-Präsident Karadzic nicht vollstreckt.

Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit müssen den Umgang mit belasteter Vergangenheit anleiten. Ohne strafrechtliche Verfolgung der Täter kann es keine nachhaltige Aufarbeitung von Unrecht und Gewalt geben, kein Erleben von Sicherheit für die Opfer, keine Versöhnung und kein wahrhaftiges öffentliches Gedenken.

Der zehnte Jahrestag dieses Verbrechen ist aber auch Anlass über die Entwicklungen in Bosnien und Herzegowina nachzudenken. Es sind bald 10 Jahre vergangen, seit mit dem Dayton-Vertrag der heiße Krieg in Bosnien und Herzegowina beendet werden konnte. 10 Jahre,

in denen viel Positives für den Wiederaufbau Bosnien und Herzegowinas geleistet werden konnte. 10 Jahre, in denen sich aber auch gezeigt hat, dass die Konstruktion von Dayton gefährliche Grenzen hat.

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax veröffentlicht seit einigen Jahren im Rahmen der Europäischen Konferenz JP einen Bericht zur Lage der Menschenrechte in Bosnien-Herzegowina, den die Partnerkommission dort erarbeitet. Auf dem Hintergrund dieser langjährigen Zusammenarbeit mit Partnern in der Region ist die gemeinsame Auffassung gewachsen, dass der Frieden in Bosnien und Herzegowina noch lange nicht gewonnen ist. Darüber darf die trügerische Ruhe, die über dem Land liegt, nicht hinweg täuschen. Vor diesem Hintergrund stimmt es bedenklich, dass das Interesse der internationalen Staatengemeinschaft an der Entwicklung in Bosnien und Herzegowina erlahmt. Die internationale politische Aufmerksamkeit hat sich längst anderen Feldern zugewandt. Immer mehr Menschen in den westlichen Ländern stellen die Frage, wie lange das internationale Engagement in Bosnien und Herzegowina noch dauern soll. Dabei ist das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Gruppen nach wie vor gefährdet. Resignation und Stagnation sowie das wachsende Armutproblem untergraben die noch schwachen Fundamente des Friedens.

Es ist an der Zeit, dem Friedensprozess in Bosnien und Herzegowina einen neuen Impuls zu geben. Es ist an der Zeit, den Frieden in Bosnien und Herzegowina auf ein tragfähiges Fundament zu stellen. Die Zeit ist reif, die Konstruktion von Dayton zu überdenken und weiterzuentwickeln. Bosnien und Herzegowina wird nur dann als Staat und Gesellschaft eine Zukunft haben, wenn es gelingt, staatliche Strukturen zu schaffen, die Sicherheit für alle Bevölkerungsgruppen bieten und die die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung des gesamten Landes fördern. Der Versöhnungsprozess zwischen den Gruppen wird nur dann substantiell vorankommen, wenn ein stabiler politisch-rechtlicher Rahmen sowie eine ökonomische und soziale Perspektive für das gesamte Land entwickelt werden. Wer heute Bosnien und Herzegowina will, der muss auf eine Überwindung der Doppelbödigkeit von Dayton drängen. Dies schließt eine klare Definition der Rolle der internationalen Gemeinschaft ebenso mit ein, wie die Entwicklung einer langfristigen aber realen Beitrittsperspektive zur Europäischen Union.

Wir fordern daher die internationale Gemeinschaft sowie die Verantwortlichen in Bosnien und Herzegowina, die Vertragsstaaten des Dayton-Abkommens, die Regierungen der Europäischen Union und die Anrainerstaaten auf, die bisherigen Entwicklungen im Rahmen einer internationalen Staatenkonferenz kritisch zu bilanzieren. Dabei gilt es, das Bewährte beizubehalten und zugleich die Hindernisse für die weitere Entwicklung Bosnien und Herzegowinas zu überwinden. Wir fordern die Verantwortlichen dazu auf, einen Friedensvertrag für

Bosnien und Herzegowina zu erarbeiten, der nunmehr eine Gewähr für ein tragfähiges Zusammenwachsen bietet.

Bosnien und Herzegowina braucht die Hilfe der internationalen Gemeinschaft. Aber die internationale Gemeinschaft und insbesondere Europa braucht auch Bosnien und Herzegowina - als konkretes Zeichen gelingender Friedenspolitik, einer Politik der Akzeptanz der Vielfalt in Verschiedenheit. Ein mittelfristiges Scheitern würde die Stabilität der gesamten Region und die Sicherheit der dort lebenden Menschen sowie die Beitrittsperspektiven der Anrainerstaaten gefährden. Ein mittelfristiges Scheitern wäre ein erneutes Scheitern der Europäischen Union und würde der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und damit den europäischen Interessen wie der europäischen Vision einen weiteren schweren Schlag versetzen.

Wir sind es nicht zuletzt den Opfern des Massakers in Srebrenica und der Kriege im ehemaligen Jugoslawien schuldig, Sorge dafür zu tragen, dass Srebrenica zu einem nachhaltigen Wendepunkt europäischer Friedenspolitik wird.